Forderungen für den Mittelstand

POLITIK

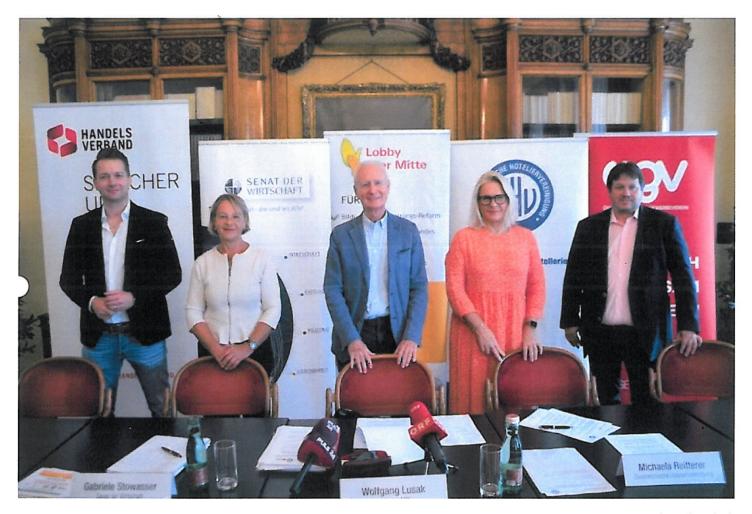
05.10.2021

die wirtschaft



 \equiv

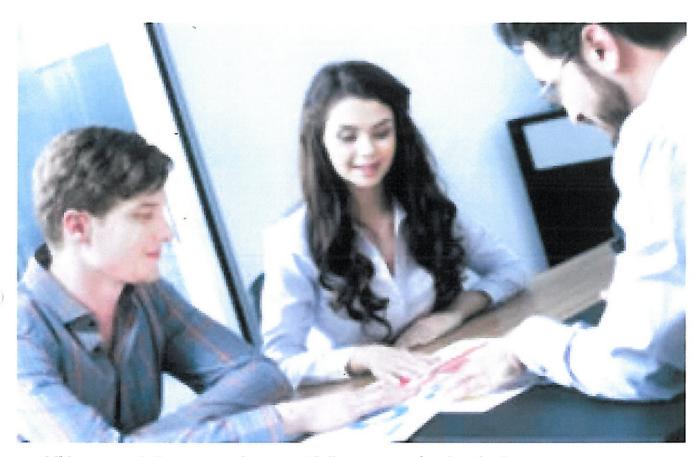
1.000 Unternehmen zeigt klare Prioritäten: höhere Löhne zahlen, mehr Mitarbeiter anstellen, investieren.



© Senat der Wirtschaft

1.000 Unternehmen haben bei einer repräsentativen österreichweiten Umfrage von Lobby der Mitte, Senat der Wirtschaft, Österreichischer Hoteliervereinigung, Gewerbeverein und Handelsverband standortpolitische Maßnahmen priorisiert und bewertet. Die Hauptforderungen sind:

- eine 30%ige Lohnnebenkostensenkung für bis zu 30 Mitarbeiter je Unternehmen
- eine 25%ige Investitionsrücklage und die Halbierung des Steuersatzes auf nicht entnommene Gewinne und
- die Installierung eines "Bürokratie-Scouts" für Unternehmen



Ausbildung zur Risikomanagerin / zum Risikomanager (optional mit Personenzertifizierung)

Lernen Sie von den Besten, wie Sie qualifiziertes Risikomanagement in Ihrer Organisation einführen und laufend verbessern. Inklusive Einblick in die neue ÖNORM-Serie D 4900.

WERBUNG

ER 2021

WERBUNG

Die Lohnnebenkostensenkung

30% Lohnnebenkosten weniger für 30 Mitarbeiter – und das in jedem Unternehmen – eine Gleichbehandlung für große und kleine Arbeitgeber mit einem spürbaren Effekt auf Klein- und Kleinstbetriebe. 63% der Befragten wollen so Gehälter erhöhen, 57% mehr Mitarbeiter anstellen, 53% den Betrieb absichern. 96% der Befragten Firmen erachten die Maßnahmen als sehr wichtig oder wichtig.

Der Investitionsturbo

95% halten den Vorschlag einer 25%igen Investitionsrücklage und der Halbierung des Steuersatzes auf nicht entnommene Gewinne für sehr wichtig oder wichtig. Diese würden sich als echter Investitionsturbo herausstellen: Im Durchschnitt wollen die Unternehmer damit ihre Investitionen um 106% (Investitionsrücklage) bzw. 131% (Halbierung Steuersatz auf nicht entnommene Gewinne) steigern.

WERBLING

Der Bürokratiescout

2/3 der Umfrageteilnehmer wünschen sich einen Bürokratie-Scout. Sie geben den Bürokratieaufwand in ihren Unternehmen im Durchschnitt mit 20% der Arbeitszeit an.

Viel Zustimmung für nachhaltiges Wirtschaften: Green Deal und Mitarbeiternachwuchs

ere Vorschläge, die viel Zustimmung ernten, sind Programme zur ammenführung von Schüler und Unternehmen oder Startups und Mittelstand oder eine "Green Deal"-konforme Wirtschaftspolitik, die auf Abgaben für selbsterzeugte Erneuerbare Energie verzichtet und nachhaltige Angebote bei öffentlichen Ausschreibungen nicht benachteiligt.

Notwendige Gleichstellung im Wettbewerb

Die fünf freien Arbeitgeber-Verbände und -Plattformen wollen noch vor der Finalisierung des Budgets eine aus ihrer Sicht dringend notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen für den unternehmerischen Mittelstand (EPU, KMU, Familienbetriebe, Freiberufler) sicherstellen. Der Sprecher der Lobby der Mitte, Mag. Wolfgang Lusak: "Solange es keine Gleichstellung bei den Wettbewerbs-Bedingungen zwischen Mittelstand und Kapitalgesellschaften gibt, kann sich auch die österreichische Wirtschaft nicht unabhängig und nachhaltig im Sinne der Krisenbewältigung sowie des Wohls der Bevölkerung entwickeln."

Mittelstand lockt mit Wählerstimmen

Lusak weiter: "Aufgrund unserer langjährigen Umfragen kann ich sagen, dass ein Drittel der Bevölkerung – die Wertegemeinschaft Mittelstand - alle Forderungen des unternehmerischen Mittelstands unterstützt, weil sie sich mit ihm identifiziert und ihm mehr Durchsetzungskraft wünscht. Wenn sich die Politik dieser Anliegen ernsthaft annimmt, haben alle etwas davon: Die Arbeitnehmer, der Standort, der Staat mit seinen Steuereinnahmen und auch die Parteien, weil im Moment viele Wählerstimmen des Mittelstands nachweisbar brach liegen. Die Annahme unseres Pakets wäre der beste Anfang für eine nachhaltige Krisenbewältigung – besonders bezüglich Spaltung, Pandemie, Klima und Migration."

Paket für Kreativität, Innovation und Kapitalstärke

senat der Wirtschaft-Vorstand Gabriele Stowasser: "Wir 5 unabhängige

Institutionen haben nicht nur ein gemeinsames Ziel – das Gemeinwohl im Sinn der ökosozialen Marktwirtschaft – sondern sind auch tagtäglich gefordert, Lösungen für die Praxis zu erarbeiten. Weil unsere Mitglieder auch ganz konkrete Probleme haben. Partnerschaften, die gemeinsam daran arbeiten, das Bewusstsein für nachhaltiges Wirtschaften zu steigern und dadurch resiliente Unternehmen zu schaffen, kann es nicht genug geben. Die Österreichischen Unternehmen sind vergleichsweise schon sehr nachhaltig aufgestellt, was auch der Senat mit dem Austrian SDG Award Jahr für Jahr fördert. Und jetzt wollen wir diesen Trend mit dem "Mittelstands-Paket" fortsetzen. Die Unternehmen sollen mit ihm die notwendige Kreativität, Innovationskraft und auch Kapitalstärke aufbauen können. Wir brauchen Reformen, um den Standort zu stärken insbesondere im Gesellschaftsrecht und am Kapitalmarkt. Mit dem Paket werden unsere Unternehmen im ökologischen und gesellschaftlichen Wandel auch in Zukunft eine Rolle spielen und ihren Beitrag fürs Gemeinwohl leisten können."

WERBUNG

Abbau der Regulierungsvorschriften stärkt den Mittelstand

"Was unsere Unternehmen auch dringend brauchen, ist eine Vereinfachung des Steuersystems und ein Abspecken der Regulierungsvorschriften", unterstreicht Peter Lieber, Präsident des Österreichischen Gewerbevereins. "Wir fordern das zwar schon seit Jahren, aber jetzt es ist wirklich höchste Zeit, diese Forderungen endlich anzugehen. Wenn wir auch in Zukunft hier in Österreich produzieren, Arbeitnehmer zu fairen Bedingungen beschäftigen, Wohlstand vor Ort schaffen wollen, dann müssen wir jetzt etwas tun. Ein für Unternehmen

rkendes Thema ist der Aufwand, den uns die vielen Vorschriften rdern," so Lieber. "Wir müssen 20 Prozent unserer Arbeitszeit mit